



Schweizerischer Bankpersonalverband
Association suisse des employés de banque
Associazione svizzera degli impiegati di banca

Medienmitteilung

UBS: Abbau von Arbeitsplätzen, still und leise

Die UBS meldet in Zusammenhang mit einem Outsourcing-Projekt in Budapest und einem weltweiten Restrukturierungsprojekt der internen Informatikdienste mehr als 200 Stellenstreichungen in verschiedenen Regionen der Schweiz. Der Schweizerische Bankpersonalverband (SBPV) stellt diese beiden Projekte, welche Auswirkungen auf die Arbeitsplatzbedingungen des verbleibenden Personals haben werden, in Frage. Die ständige Suche nach niedrigen Lohnkosten steigert das Risiko hinsichtlich Sicherheit und Vertraulichkeit.

Das Outsourcing-Projekt in Ungarn betrifft rund hundert Mitarbeitende in Basel (rund 50), Freiburg (rund 20), Tessin und Zürich. Es handelt sich um den Informatiksupport für Mitarbeitende aus ganz Europa. Die Erfahrung zeigt, dass die Benutzer die Verlagerung in Niedriglohnländer mit fremder Muttersprache, besonders aufgrund Kommunikationsprobleme, oft schlecht aufnehmen. Darüber hinaus könnte der Verkauf dieses für den Betrieb der Bank zentralen Bereichs an einen ausländischen multinationalen Konzern schnell teurer als vorgesehen werden und sich negativ auf das Image auswirken.

Das zweite Projekt zielt in erster Linie darauf, die IT-Belegschaft weltweit um 5% zu reduzieren. Die Bankangestellten leisten bereits jetzt zahlreiche Überstunden. Diese Massnahme wird den Druck auf die Angestellten zu Lasten ihrer Gesundheit und ihres Soziallebens noch steigern.

Der SBPV bedauert, dass einmal mehr Randregionen besonders betroffen sind. Es ist eine Entwicklung, welche die unterschiedlichen Sensibilitäten der Schweiz nicht respektiert.

Diese Entscheidungen stärken die Tatsache, die die Schweizerische Nationalbank in ihrem Bericht vom 16. Juni 2011 über die Banken betont: Die beiden Grossbanken erhöhen ihren Personalbestand auf internationaler Ebene, specken aber in der Schweiz ab (s. Pressemitteilung der SNB vom 16. Juni 2011). Die UBS muss sich nicht wundern, wenn das Misstrauen der Bevölkerung ihr gegenüber steigt. Im politischen Kontext (Diskussion betreffend „too big to fail“ und Kritik gegen die Vergrösserung der Lohnschere in den Banken), werden diese Massnahmen besonders schlecht aufgenommen.

Der SBPV betont, dass das Konsultationsverfahren im Rahmen des Gesetzes geführt worden ist. Die Personalkommission hatte ihre Vorschläge vorgelegt, damit die Auswirkungen der Projekte reduziert werden können, und erreicht, dass Arbeitsplätze von rund 20 Mitarbeitenden, die über 50 Jahre alt sind, gerettet werden konnten. Der SBPV bedauert jedoch, dass der Prozess im Geheimen stattfindet. Die Mitarbeitenden der betroffenen Abteilungen wurden erst nach Abschluss des Konsultationsverfahrens, sobald der Entscheid getroffen worden ist, informiert.

Bern, 23. Juni 2011

Für weitere Auskünfte:

Denise Chervet, Zentralsekretärin SBPV

denise.chervet@aseb.ch

T +41 79 408 92 40